

Russland und Europa
zwischen
Diktaturerfahrung und
Demokratieentwicklung

Ein entschiedenes Jein zur Partnerschaft

Kimmo Elo

Russland und Europa sind geografische Nachbarn, und sie sollten, so das gegenwärtige Credo führender Europapolitiker, auch politisch zu Partnern werden. Das Bemühen um engere Beziehungen spiegelt das europäische Verständnis wider, nach dem die Gestaltung Europas keine reine europäische Angelegenheit ist, sondern auch wesentlich von Russlands Europapolitik mitgestaltet und beeinflusst wird.

Die Gegenwart ist aber unabweisbar mit der Vergangenheit verbunden, und diese Verbundenheit gilt auch der Gestaltung der europäisch-russischen Beziehungen. Gewiss, der europäisch-russische Dialog und seine herausragende Bedeutung für die gesamteuropäische Entwicklung sind nicht neu. Liest man das europäische zwanzigste Jahrhundert nicht chronologisch, sondern versucht, aus diesem Jahrhundert unterschiedliche Zeit- und Erfahrungsschichten herauszukristallisieren, so gelangt man schnell zu jenem Verständnis, dass dieser Dialog wesentlich von unterschiedlichen Erfahrungshorizonten und Zeitverständnissen geprägt ist. Das Wechselspiel zwischen Diktatur und Demokratie ist konstituierend für das europäische Gedächtnis. Diese zwei historischen Großerfahrungen sind der rote Faden der Geschichte der europäischen Integration und wirken auch heute in hohem Maße prägend auf die Integration und die an sie gestellten Erwartungen.

In diesem Beitrag wird der Versuch unternommen zu erläutern, wie sich die

unterschiedlichen Erfahrungen von Diktatur und Demokratie im europäischen und russischen Verständnis über „Europa“ und europäische Integration widerspiegeln. „Europa“, vor allem die unterschiedlichen und sich ständig wandelnden Interpretationen dieses „Europas“, werden als Dreh- und Angelpunkt, aber auch als Zankapfel der europäisch-russischen Beziehungen hervorgehoben. Die geschichtspolitische Wahrnehmung von Europa als Raum, in dem Diktaturerfahrung und Demokratieentwicklung in einer unabweisbaren Symbiose die Gegenwart konstruieren, ist, so die Kernthese, besonders deutlich an Russlands zaghafter Annäherung an Europa abzulesen.

Das europäische Engagement ist nur im Rahmen der europäischen Integration zu verstehen. Zugleich aber stellt der Integrationsrahmen ein geschichtspolitisches Problem dar, wurde ja die (west-)europäische Integration als Gegengewicht zu, gar als Schutz vor der Gefahr des Kommunismus und der imperialen Expansion der Sowjetunion eingerichtet. Damit ist die europäische Integration unabweisbar mit der Dichotomie von Demokratieentwicklung und Diktaturerfahrung verbunden. Einerseits wurde die Integration als die europäische Bastion demokratischer und westlicher Werte, der Rechtsstaatlichkeit, etabliert, die den Wiederaufbau des demokratischen Europas, ja die Demokratieentwicklung unterstützen sollte, aber auch als Versöhnungsrahmen zur Wiedervereinigung des durch das diktatorische

Hitler-Regime gespaltenen West-Europas diene. Diese Diktaturerfahrung war, zusammen mit der Befürchtung, die europäischen Demokratien könnten dem politischen, militärischen und ideologischen Druck und dem Expansionsbestreben seitens der sowjetischen Diktatur nicht allein widerstehen, einer der wichtigsten Gründe, weshalb sich die wichtigsten westeuropäischen Mächte – Frankreich und Deutschland – für Integration entschieden. Die Überzeugung, die europäische Integration diene auch der Demokratieentwicklung und -förderung, hat nach dem Ende des Kalten Krieges an Bedeutung gewonnen, als der Systemwechsel von Diktatur zu Demokratie in mittelosteuropäischen Staaten, die bis 1989/90 zum sowjetischen Machtbereich gehört haben, von der Erweiterungsstrategie der europäischen Gemeinschaft/Union unterstützt wurde.

Andererseits schlägt sich die Dichotomie der Diktaturerfahrung und Demokratieentwicklung in der gegenwärtigen Lage innerhalb der EU nieder. Die mittelosteuropäischen Mitgliedstaaten verlangen immer intensiver, dass ihre Diktaturerfahrung stärker als bisher nicht nur in der Integrationsgeschichte, sondern auch in der gegenwärtigen Agenda der EU berücksichtigt werden sollte. Die mittelosteuropäischen Mitgliedstaaten fordern quasi eine geschichtspolitische Anerkennung ihrer Diktaturerfahrung, die auch in die Gestaltung künftiger Integrationspolitik der EU, vor allem ihrer Russland-Dimension, einfließen sollte. Aufgrund ihrer Diktaturerfahrung stehen diese Staaten engeren europäisch-russischen Beziehungen skeptisch gegenüber und fordern eine schärfere Abgrenzung von Russland.

Dass die Osterweiterung der EU geschichtspolitisch als ein Prozess gedacht war, der die mittelosteuropäischen Erfahrungen an westliche Narrative, ja den westlichen Interpretationsrahmen

anschließen sollte, setzte eine gewisse Unterdrückung der Supranationalität der nationalen Erinnerungskulturen in Mittelosteuropa voraus. Mit anderen Worten: Die EU-Osterweiterung sollte einen supranationalen Rahmen für Diktaturüberwindung und Demokratieentwicklung bieten, wobei die Aufarbeitung nationaler Diktaturerfahrungen genau das bleiben sollte: eine nationale Aufgabe und Herausforderung.

Zankapfel Russland-Politik

Aus (west)europäischer Sicht war diese Aufgabenteilung gewissermaßen verständlich, beruhte sie doch auf dem ostpolitischen Credo, Europa lasse sich nicht gegen Russland gestalten. Zugleich hat sie aber zu wachsenden Spannungen innerhalb der EU geführt, vor allem wenn es um die Gestaltung künftiger Russland-Politik geht. Der zentrale Zankapfel ist integrationspolitischer Natur und enthüllt die unterschiedlichen Erfahrungshorizonte und Interpretationsmuster innerhalb der EU: Die westeuropäischen Mitgliedstaaten sehen in der Integration vorrangig einen effektiven Mechanismus zur Einbindung und Demokratisierung Russlands, mit dem Russland „zivilisiert“ und seine imperialen Ambitionen gezügelt werden. Hinter dieser Politik steckt die historische Erfahrung, dass die europäische Integration an sich ein effektiver Mechanismus zur Etablierung rechtsstaatlicher Demokratien ist. Die mittelosteuropäischen Staaten dagegen betrachten die europäische Integration vor allem als Schutz- und Abgrenzungsmechanismus gegenüber Russland. Das Resultat ist eine sich ost- und Russland-politisch ambivalente, sogar widersprüchlich verhaltende EU, die nicht in der Lage ist, einheitliche politische Signale an Russland zu senden.

Dennoch ist unbestritten, dass es der EU nur bedingt gelungen ist, Russlands politische Entwicklung in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren zu beeinflussen,

was den kritischen Tönen aus Mitteleuropa eine zusätzliche Berechtigung liefert. Der Übergang zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland ist alles andere als vollzogen, und in den letzten Jahren ist sogar eine gewisse Entdemokratisierung zu beobachten – trotz der Bemühungen der EU, die europäisch-russische Partnerschaft werteorientiert fortzutreiben. Die politischen Probleme der EU mit Russland zeigen auch die begrenzten Möglichkeiten der EU, solche Staaten zu beeinflussen, die die europäischen Werte nicht teilen beziehungsweise nur widerwillig und selektiv hinnehmen. Von großem Nachteil ist, dass die EU nicht in der Lage ist, politisch geschlossen gegenüber Russland aufzutreten und Anerkennung demokratischer Prinzipien als Voraussetzung der Kooperation zu fordern. Die Unentschlossenheit der EU öffnet Russland die Möglichkeit, seine Partner auszuwählen und die von ihm bevorzugten, bilateralen strategischen Partnerschaften mit einzelnen EU-Staaten aufzubauen. Die großen EU-Staaten, vor allem Deutschland und Frankreich, spielen hier eine zentrale Rolle: Sie können, wie die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder zeigte, die politische Agenda der EU zugunsten russischer Interessen beeinflussen.

Russischer Blickwinkel

Die Dichotomie von Diktaturerfahrung und Demokratieentwicklung spiegelt sich aber auch in dem russischen Blickwinkel auf Europa und die europäische Integration wider. Das selbstbewusste, aber geschichtspolitisch nicht unproblematische Auftreten mittelosteuropäischer Staaten gegenüber Russland hat bereits öfter scharfe Gegenreaktionen seitens Russlands hervorgebracht, hinter denen sowohl Konturen einer imperialistischen Denkweise als auch ein ganz anderes Vergangenheitsverständnis zu erkennen sind. Dass das Ende des Kalten Krieges

als Niederlage, gar als Demütigung Russlands dargestellt wird, verschärft Russlands europa- und außenpolitische Rhetorik. Aber zugleich verrät diese Rhetorik, wie fest der russische europapolitische Blick auf imperiale Karten mit „Pufferzonen“ und „Einflussbereichen“ gerichtet ist. Die Osterweiterung der NATO bis hin zur Westgrenze des heutigen Russlands wird als Provokation interpretiert. Russland hat die europäische Integration lange als ökonomisches Projekt betrachtet, das keine „harte“ Politik, das heißt Außen- und Sicherheitspolitik, betriebe.

Offensichtlich sorgen die ambivalenten Signale seitens der EU in Russland für Irritationen und nähren die Befürchtung, Russland könnte seinen Anschluss an Europa verlieren, sollte Integration künftig stärker als Exklusions- und weniger als Inklusionsmechanismus gesehen werden. Diese Betrachtungsweise erklärt nicht nur die einige Jahre zurückliegende Initiative von Präsident Medwedew zur Ersetzung gegenwärtiger europäischer Strukturen durch eine neue, gesamteuropäische und Russland einschließende Sicherheitsstruktur, sondern auch den Gastbeitrag von Premierminister Wladimir Putin in der *Süddeutschen Zeitung* im November 2010, in dem er für die Einrichtung eines europäisch-russischen Wirtschaftsraums „von Lissabon bis Wladiwostok“ plädiert.

Gewiss, die Debatte über Europas Bedeutung für Russland ist keineswegs neu. Ganz im Gegenteil. Seit Jahrhunderten spielt Europa die Rolle des wichtigsten „Anderen“ für die russische politische Elite, auf dem auch das russische Selbstverständnis beruht. So ist die russische Debatte über „Europa“ auch eine Debatte über Russland selbst. Das „Europa“, das in diesen Debatten als Gegengewicht Russlands konstruiert wird, bestimmt das künftige Verhalten Russlands gegenüber diesem Europa, das heißt seine Europa-Politik. Eng damit verbunden ist somit

nicht nur die Frage, wie Europa von der russischen politischen Elite wahrgenommen wird, sondern auch wie Europa sich gegenüber Russland positioniert.

Dass Russlands Selbstverständnis, ja seine Identität und seine Europa-Politik von seinem Europa-Verständnis stark abhängen, erklärt auch das Pendeln zwischen Abgrenzung und Kooperation. Denn je stärker sich Europa von Russland abzugrenzen versucht, desto stärker werden europakritische Untertöne in Russlands Europa- und Außenpolitik. Das wahre Problem für Europa liegt aber auf einer zweiten Ebene. Russlands Ambitionen, eine globale Großmacht zu werden, können entweder für oder gegen Europa verwirklicht werden. Wird nämlich Europa als Konkurrent und nicht als Partner gesehen, so schärft sich die Abgrenzung von Europa im russischen außenpolitischen Denken. Wird umgekehrt Europa als Handlungsrahmen gesehen, innerhalb dessen Russland seine Interessen effektiver als außerhalb dieses Rahmens erreichen kann, so gewinnt das „Europäische“ an Bedeutung auch für Russlands Selbstverständnis.

Russlands Pendeln zwischen diesen beiden Positionen ist auch eng mit geschichtspolitischen Aspekten verbunden. Die Minimierung der geografischen, aber auch politischen und wirtschaftlichen Entfernung zu den wichtigsten Zentren West-Europas – Berlin, Paris und London – gehört weiterhin zu den Konstitutiven russischer Außenpolitik. Der strategische Blick auf jenes Gebiet zwischen Deutschland und Russland, das Nicholas J. Spykman *rimland* nannte und das weitgehend das heutige Mittelosteuropa einschließt, spielt in der russischen Außenpolitik eine spezielle Rolle. Im positiven, konstruktiven Sinne wird dieses Gebiet als *Korridor* verstanden, der Russland und Europa verbindet. Die Korridor-Metapher beschreibt ein Europa-Verständnis, das nicht auf Exklusion, sondern auf Inklusion

beruht: Russland wird nicht gegen, sondern *durch* Europa definiert.

Obwohl sich verschiedene russische Initiativen auch als Versuche interpretieren lassen, Russland mit Europa zu verbinden und durch Europa zu definieren, gibt es auch einen zweiten, imperialen Blick russischer Außenpolitik. In dieser Denkweise wird Russland als Gegengewicht zu Europa verstanden, dessen politische Identität nicht durch, sondern abgrenzend von Europa konstruiert wird. Zugleich wird der mittelosteuropäische Korridor zu einer Pufferzone, einem „nahen Ausland“ verwandelt, gegen das Russland imperiale Ansprüche erhebt. Wohlgedemerk: Auch dieser Blick auf Europa zielt auf Minimierung der gefühlten Entfernung zwischen Russland und seinem „Kerneuropa“, beruht aber auf Abgrenzung von Europa und europäischen Werten sowie auf Sicherung des eigenen Einflussbereiches.

Weg der Inklusion

Liest man die europäische Geschichte als Geschichte eines Raumes, in dem Diktaturerfahrung unabweisbar mit Demokratieentwicklung verbunden ist, so erklärt sich auch das zu beobachtende Pendeln bei Russlands zaghafter Annäherung an Europa. Zugleich wird aber auch klar, dass sich Russlands Haltung zu Europa generell und speziell zur EU nicht von der Haltung Europas und der EU zu Russland abkoppeln lässt. Somit steht dem russischen „Jein“ zur engeren Integration mit der EU ein europäisches „Jein“ zur engeren Partnerschaft mit Russland gegenüber.

Führende Mitgliedstaaten der EU sind längst der Überzeugung, dass sich Europa nur mit, nicht gegen Russland gestalten und weiterentwickeln lässt und dass das Miteinander Russlands auch Russlands Modernisierung und, vor allem seit dem Ende des Kalten Krieges, Demokratieentwicklung fördert. Das ostpolitische

Umdenken der 1960er-Jahre war jedoch keine Preisgabe oder Kapitulation vor der Sowjetdiktatur. Vielmehr lässt es sich als Versuch beschreiben, die europäische Diktaturerfahrung zur Gestaltung, Förderung und Verstärkung von Demokratie(entwicklungen) in ganz Europa zu verwenden. Auf politischer Ebene konkretisierte dieses Umdenken den Wechsel von Abgrenzung zu Inklusion und Kooperation, was sich auch in gewisser Neuorientierung des sowjetischen europapolitischen Denkens widerspiegelte.

Dass das, was Europa über Russland denkt, sich in dem wiederfindet, was Russland über Europa denkt, ist auch gegenwärtig zu beobachten. Insbesondere seit der EU-Osterweiterung bestehen mittelosteuropäische Mitgliedstaaten stärker darauf, dass ihre Diktaturerfahrung auch die gesamteuropäische Ostpolitik stärker als bisher gestalten dürfte und die EU stärker als bisher von Russland Abstand nehmen sollte. Abgrenzung statt Inklusion, begründet mit stark geschichtspolitischen Argumenten, die eng mit der nationalen Diktaturerfahrung verbunden sind. Aber auch innerhalb der EU werden vor allem Deutschlands gute Russland-Beziehungen mit geschichtspolitischer Skepsis betrachtet. Die wohl unbegründete Angst, Mitteleuropa könne zwischen Russland und Deutschland zerrieben werden, erklärt sich durch die nationale Diktaturerfahrung. Aber gleichzeitig offenbaren solche Äußerungen, wie fragil der Glaube an die streitbare europäische Demokratie in manchen Mitgliedstaaten ist.

Offensive für die Kernidee

Russland war, ist heute und wird auch künftig der wichtigste kontinentale Partner der EU sein. Deswegen liegt ein stabiles, berechenbares und demokratisches Russland im zentralen Interesse der EU. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist, Russland davon zu überzeugen, dass die

EU ihre künftige Politik nicht gegen, sondern mit Russland gestaltet. Denn je stärker die russische Identität durch ein Europa definiert wird, mit dem Russland *shared interests* teilt, desto weniger Grund hat Russland, sich durch Abgrenzung gar als Gegenmacht zu Europa zu definieren.

Die Gestaltung des gesamteuropäischen Raumes kann aber seitens der EU nicht um den Preis des Rechtsstaates geschehen. Da die europäische Integration ein Projekt zur Wahrung, Förderung und Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Werten ist, muss diese Kernidee nicht nur den europäisch-russischen Beziehungen zugrunde liegen, sondern auch in konkrete Politik übertragen werden. Russland profitiert von der Zughaftigkeit der EU, normativ gegenüber Russland aufzutreten, weil es Russland die Möglichkeit gibt, nicht nur die EU innerlich zu spalten, sondern und vor allem seine eigene Demokratisierung auf die lange Bank zu schieben.

Will die EU ihr gesamteuropäisches, außenpolitisches, gar globales Gewicht künftig erhöhen, so steht Russland als Testfall an. Sich für eine gesamteuropäische Politik zu engagieren, die die europäische Diktaturerfahrung gescheit respektiert und wahrnimmt, die aber zugleich Demokratieentwicklungen nicht durch geschichtspolitische Konfrontationen verhindert – dies ist die große Herausforderung für das Russland- und ostpolitische Engagement der EU. Dies verlangt aber von beiden Seiten, der EU und Russland, die Wahrnehmung und Anerkennung von Europa als gemeinsamem Raum, geprägt von Diktaturerfahrung und Demokratieentwicklung, der nicht nur Europa mit Russland, sondern auch Russland mit Europa verbindet – und zwar geografisch, politisch, wirtschaftlich, kulturell wie auch historisch. Sein Herzstück ist die europäische Integration als Gemeinschaft aller europäischen rechtsstaatlichen Demokratien.